

CETA-Aktionstag zur
Bundestagswahl!



**Am 24. September 2017 ist
Bundestagswahl:**

JA für gerechten
Welthandel,

NEIN zu CETA und Co!

Megakonzerne werden immer mächtiger, expandieren, fusionieren und übernehmen zusätzliche Wirtschaftsfelder: Bayer kauft Monsanto und wird damit zum mit Abstand größten Agrarunternehmen der Welt, der US-Finanzinvestor Oaktree übernimmt „Pflegen & Wohnen“.

Umwelt, Lebensmittel, Arbeitsbedingungen, Wohnungsmarkt, Renten ... alles soll der Profitmaximierung dienen. Nach dem Willen der Konzerne und ihrer Finanzkapitalgeber soll der Einfluss des Staates, der die Gesundheitsversorgung, Bildung, Kultur finanzieren muss, schrumpfen und sich zukünftig möglichst nur noch auf die Aufgaben der äußeren und inneren Sicherheit beschränken.

Ein Instrument, das gerne zur Durchsetzung von Konzerninteressen gegenüber Regierungen eingesetzt wird, sind die „Freihandelsverträge“ und die darin enthaltenen Investitionsschutzabkommen. Damit sollen die Rechte von Investoren und Konzernen weiter ausgebaut und soll die „marktkonforme Demokratie“ (Angela Merkel) gestaltet werden.

In Handelsverträgen einer „neuen Generation“ – wie **CETA** und Co – bekommen Investoren Sonderrechte eingeräumt. Sie können demokratische Staaten wie z.B. die Bundesrepublik Deutschland vor einem Schiedstribunal verklagen, wenn sie sich durch Arbeits-, Umwelt- oder Gesundheitsschutzrechte in ihrer „legitimen Gewinnerzielungsabsicht“ bedroht fühlen. Das gilt auch für zukünftig erwartete Gewinne. Dadurch können Investoren direkt in das Regierungsgeschehen

eingreifen, noch **bevor** ein Parlament über die gewünschten Maßnahmen beraten kann. Gesetzesvorhaben sollen **grundsätzlich** im Sinne einer Liberalisierung und Privatisierung der Wirtschaft erfolgen – eine Rekommunalisierung wird nicht mehr möglich sein.

Nach dem Willen der aktuellen Bundesregierung und der EU-Kommission soll die „vorläufige Anwendung“ großer Teile von CETA bereits am 21. September 2017 in Kraft gesetzt werden. Einige Bereiche (z. B. der Investitionsschutz und das Klagerecht der Konzerne) sollen später durch die jeweiligen Nationalstaaten ratifiziert werden.

Verweigert CETA im Bundesrat die Zustimmung?	
	
	
	
	
	

Wir fordern die neue Bundesregierung auf:

- demokratische Entscheidungen zu fördern statt Konzerninteressen zu vertreten!
- CETA zu stoppen und Handelsverträge so zu gestalten, dass öffentliche Interessen und Bürgeranliegen wie Daseinsvorsorge und Umwelt geschützt und gestärkt werden!

Sie als Wahlberechtigte können dazu beitragen:

am 24. September 2017 CETA und andere Investitionsschutzabkommen abwählen!

Engagieren Sie sich darüber hinaus für einen gerechten Welthandel!



Mehr Informationen auf www.attac-netzwerk.de/hamburg

V. i. S. d. P.: Reiner Basowski, Attac Hamburg, Nernstweg 32–34, 22765 Hamburg